

Inhalt

Abstract	IX
Abbildungen	X
Schrifttum	XI
Abkürzungen	XXIII
1. Einführung	1
1.1 Vorstellung des Themas und Problemaufriss.....	1
1.2 Eingrenzung des Themas	5
1.3 Ziel und Aufbau des Buches.....	12
1.4 Methodisches Vorgehen.....	13
2. Das mehrstufige System der Planung und Genehmigung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben	19
2.1 Vorbereitende (Fach-)Planung	19
2.1.1 Transeuropäische Netze.....	19
2.1.2 Bedarfsplanung	21
2.1.3 Raumordnungsverfahren	26
2.1.4 Linienbestimmung.....	31
2.1.5 Erstellung des Planentwurfs	36
2.2 Exkurs: Umweltprüfungen als unselbstständige Bestandteile von Planungs- und Genehmigungs- verfahren	39
2.3 Die Planfeststellung als zentrales Element vorhabenbezogener Fachplanung	44
2.3.1 Wesen, (Rechts-)Wirkungen und gesetzliche Regelung der Planfeststellung	44
2.3.2 Formell-rechtliche Anforderungen der Plan- feststellung	50
2.3.2.1 Zuständigkeit	50
2.3.2.2 Verfahren	51
2.3.2.3 Form	61
2.3.3 Materiell-rechtliche Anforderungen der Plan- feststellung	62
2.4 Besonderheiten des Rechtsschutzes.....	67

V

2.5	Zwischenergebnis: Determinanten der Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren von Verkehrsinfrastrukturvorhaben.....	71
3.	(Wirksamkeits-)Analyse der im Kontext der Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich eingeführten Maßnahmen	81
3.1	Die sogenannte Beschleunigungsgesetzgebung.....	81
3.2	Planung und Genehmigung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben durch Verkehrsmaßnahmengesetze	91
3.2.1	Der erste Versuch im Rahmen der Verkehrsprojekte Deutsche Einheit	91
3.2.2	Der zweite Versuch mit dem Maßnahmen-gesetzvorbereitungsgesetz (MgvG)	96
3.3	Ermittlung des Beschleunigungspotenzials der eingeführten Maßnahmen	100
3.3.1	Maßnahmen im Bereich der vorbereitenden (Fach-)Planung.....	100
3.3.1.1	Modifizierung des Raumordnungsverfahrens.....	100
3.3.1.2	Modifizierung der Linienbestimmung	108
3.3.1.3	Einführung frühzeitiger Beratungs- und Informationspflichten der zuständigen Behörde gegenüber dem Antragsteller	112
3.3.1.4	Einführung einer frühen Öffentlichkeitsbeteiligung	114
3.3.2	Maßnahmen im Bereich der genehmigenden Fachplanung	118
3.3.2.1	Digitalisierung des Planfeststellungsverfahrens.....	118
3.3.2.2	Einführung bzw. Verkürzung von Verfahrensfristen	122
3.3.2.3	Einführung bzw. Ausweitung von Präklusionsregelungen	125
3.3.2.4	Eröffnung der Möglichkeit der Inanspruchnahme eines Projektmanagers	131
3.3.2.5	Herabsetzung der Schwelle für sogenannte Massenverfahren	134

3.3.2.6	(Neu-)Regelung der Beteiligung von Vereinigungen	135
3.3.2.7	Eröffnung der Möglichkeit des Verzichts auf den Erörterungstermin.....	138
3.3.2.8	Einführung der Plangenehmigung als alternatives Zulassungsinstrument für planfeststellungsbedürftige Vorhaben	144
3.3.2.9	Entfall von Planfeststellung und Plangenehmigung bei Fällen unwesentlicher Bedeutung.....	151
3.3.2.10	Entfall des Planfeststellungserfordernisses bei bestimmten Einzel- und Unterhaltungsmaßnahmen	155
3.3.3	Maßnahmen im Bereich des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens.....	159
3.3.3.1	Relativierung der Folgen von formellrechtlichen und Abwägungsfehlern.....	159
3.3.3.2	Verkürzung des verwaltungsgerichtlichen Instanzenzugs	165
3.3.3.3	Einschränkung des Suspensiveffekts und des einstweiligen Rechtsschutzes	169
3.3.3.4	Festlegung einer gesetzlichen Klagebegründungsfrist.....	172
3.3.4	Verstärkte Einführung planungssichernder Instrumente	174
3.3.5	Ergebnis	178
3.4	Auswirkungen der eingeführten Maßnahmen auf die Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich – am Beispiel des Planfeststellungsverfahrens	181
4.	Abschließende Würdigung	189
4.1	Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.....	189
4.2	Fazit und Ausblick	191
	Anhang	199
	Stichwortverzeichnis	201